

Sitzungsniederschrift

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen führte die 37. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Donnerstag, dem 28.06.2018 in Kremmen, Am Markt 1, Rathaus, Ratssaal - Eingang Mühlenstraße um 19.00 Uhr durch.

a) anwesend

Reckin, Detlef	Vorsitzender
Busse, Sebastian	Mitglied
Ganschow, Margareta	Mitglied
Koop, Eckhard	Mitglied
Glanzer, Helmut	Mitglied
Tietz, Reiner	Mitglied
Kretzschmar, Andreas	Mitglied
Dr. Gebauer, Stefanie	Mitglied
Voigts, Malte	Mitglied
Oertel, Helfred	Mitglied
Mittelstädt, Gerhard	Mitglied
Brunner, Christoph	Mitglied
Falkenberg, Fritz	Mitglied
Kurth, Jürgen	Mitglied
Förster, Arthur	Mitglied
Fritz, Uwe	Mitglied

b) abwesend

Arens, Jörg	Mitglied
Bommert, Frank	Mitglied
Winkler, Peter	Mitglied

c) von der Verwaltung anwesend

Frau Haak, Herr Bröker, Herr Sylvester

d) Gäste

Herr Brandt	Rechtsanwaltskanzlei Andreas Brandt
Herr Schröder	Rechtsanwaltskanzlei Andreas Brandt

e) Presse

OGA

Die Mitglieder waren durch **-ordnungsmäßige -** Einladung vom **13.06.2018** auf **Donnerstag, den 28.06.2018** unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gegeben. Der Vorsitzende stellte bei der Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die **- ordnungsmäßige -** Einberufung keine Einwendungen erhoben wurden. Die Stadtverordnetenversammlung war - nach der Zahl der erschienenen Mitglieder - **beschlussfähig.**

Bestätigte Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Stadtverordnetenversammlung vom 17.05.2018
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Informationen des Bürgermeisters
5. Einwohnerfragestunde
6. Bericht der Stadtverwaltung zur Flüchtlingsarbeit in der Stadt Kremmen
7. Beratung zur Kita-Bedarfsplanung und Kapazitäten in den Kindertagesstätten der Stadt Kremmen
8. Beratung und Beitrittsbeschluss zur Erfüllung der Maßgabe aus dem Genehmigungsbescheid der höheren Verwaltungsbehörde vom 23.05.2018, AZ 521010-01558/2018/see zur Änderung des Flächennutzungsplanes Hohenbruch der Stadt Kremmen für die Teilfläche Döringsbrücker Weg (Plangebiet des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 58)
Beschlussvorlage - 01-35-2018
9. Beratung und Beschluss: Abwägungsbeschluss zum Ergebnis der Beteiligung der Behörden- und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 63 "Fontaneweg 4/6"
Beschlussvorlage - 01-38-2018
10. Beratung und Beschluss: Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 63 "Fontaneweg 4/6"
Beschlussvorlage - 01-39-2018
11. Beratung und Beschluss: Satzung der Stadt Kremmen zur Erhebung von Kostenbeiträgen in den Kindertagesstätten und der Tagespflege der Stadt Kremmen
Beschlussvorlage - 01-40-2018
12. Beratung und Beschluss: Satzung der Stadt Kremmen über die Versorgung mit Mittagessen in den Kindertagesstätten und Schulen in Trägerschaft der Stadt Kremmen (Essengeldsatzung)
Beschlussvorlage - 01-41-2018
13. Beratung und Beschluss: Schließzeiten der Kindertagesstätten / Hort der Stadt Kremmen in den Ferien und zu den Feiertagen im Jahr 2019
Beschlussvorlage - 01-43-2018
14. Beratung und Beschluss: Vorschlagsliste für die Schöffenwahl 2019 bis 2023
Beschlussvorlage - 01-44-2018
15. Beratung und Beschluss: Satzung zur 3. Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung der Stadt Kremmen
Beschlussvorlage - 01-46-2018
16. Beratung und Beschluss: Höhe der Dienstaufwandsentschädigung des Bürgermeisters der Stadt Kremmen
Beschlussvorlage - 01-45-2018
17. Beratung und Beschluss: 2. Änderung des Stellenplans zum Haushalt 2018
Beschlussvorlage - 01-47-2018
18. Anfragen und Informationen der Abgeordneten

II. Nichtöffentlicher Teil

1. Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Stadtverordnetenversammlung vom 17.05.2018
2. Beratung und Beschluss: Eilentscheidung des Bürgermeisters nach § 58 BbgKVerf - Vergabe der Bauleistungen "Sanierung des Seitenflügels der Kita Sommerfeld, Los 3, Fassade, WDVS/Putz, Holzfassade" nach Öffentlicher Ausschreibung ÖA-12-2018
Beschlussvorlage - 01-48-2018
3. Beratung und Beschluss: Eilentscheidung des Bürgermeisters nach § 58 BbgKVerf - Vergabe der Bauleistungen "Sanierung des Seitenflügels der Kita Sommerfeld, Los 5, Innenputz, Trockenbau, Malerarbeiten" nach Öffentlicher Ausschreibung ÖA-13-2018
Beschlussvorlage - 01-49-2018
4. Grundstücksangelegenheiten
- 4.1 Beratung und Beschluss: Grundstücksverkauf in der Gemarkung Flatow, Flur 7, Flurstück 155
Beschlussvorlage - 01-36-2018
- 4.2 Beratung und Beschluss: Erwerb eines Grundstücks in der Gemarkung Kremmen, Flur 28, Flurstück 74/7
Beschlussvorlage - 01-37-2018
- 4.3 Beratung und Beschluss: Erwerb eines Grundstücks in der Gemarkung Groß-Ziethen, Flur 2, Flurstück 277
Beschlussvorlage - 01-42-2018
5. Anfragen und Informationen der Abgeordneten

Punkt der Tagesordnung	Verhandlungsniederschrift und Beschlüsse	Abstimmungsergebnis		
		Ja	Nein	Enth
	Stadtverordnetenversammlung am 28.06.2018			
	I. Öffentlicher Teil			
1.	<p>Eröffnung der Sitzung</p> <p>Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Detlef Reckin, eröffnet am Donnerstag, dem 28.06.2018 um 19:01 Uhr die 37. Stadtverordnetenversammlung. Er begrüßt die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, die Bürger, die Gäste, die Pressevertreter und die Mitarbeiter der Verwaltung.</p> <p>Der Vorsitzende stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Von insgesamt 19 Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung sind 15 anwesend. Entschuldigt fehlen Herr Winkler und Herr Bommert.</p> <p>Herr Voigts wird sich etwas verspäten.</p>			
2.	<p>Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Stadtverordnetenversammlung vom 17.05.2018</p> <p>Herr Koop meldet sich zu Wort und bezieht sich auf die schriftliche Beantwortung seiner Anfrage (Seite 10) zur Öffentlichkeit / Nichtöffentlichkeit bei Vergabeverfahren. Da er eine eindeutige Erklärung aus den Ausführungen nicht entnehmen könne, bitte er um Erläuterung. Sind nun die Vergaben im öffentlichen Teil oder im nicht öffentlichen Teil zu behandeln?</p> <p>Eine eindeutige Regelung gebe es nicht, erklärt Herr Sylvester.</p> <p>Herr Tietz liest aus den Erläuterungen, dass Vergaben weiterhin im nicht öffentlichen Teil zu behandeln sind.</p> <p>Daraufhin schlägt Herr Reckin vor, eine verständliche Erläuterung von der Kommunalaufsicht abzufordern.</p> <p>Frau Dr. Gebauer weist darauf hin, dass momentan in der Hauptsatzung geregelt ist, Vergaben in die Tagesordnung der nicht öffentlichen Sitzung aufzunehmen. Die Satzungskommission sollte dies im Zuge der Überarbeitung der Hauptsatzung prüfen und dann eine evtl. Änderung vorschlagen.</p> <p>Herr Koop stimmt dem zu.</p> <p>Herr Brunner bezieht sich auf die Seiten 7-8 der Niederschrift. Hier sei vermerkt, dass verwundert ist, dass Herr Busse nur im Zuschauerraum Platz nimmt. Er war vor einiger Zeit vom Mitwirkungsverbot betroffen, und zwar im Rahmen des B-Plans "Ziegeleiweg". Er musste den Sitzungsraum verlassen, obwohl der TOP im öffentlichen Teil behandelt wurde. Der folgende Satz: "Der Vorsitzende erklärt, dass dies ein Versehen war." sollte eindeutiger formuliert werden, da ein Unbeteiligter nicht erkennen könne, worauf sich das Versehen bezieht.</p>			

	<p><u>Anmerkungen der Verwaltung:</u> Wer annehmen muss, nach Absatz 1 und 2 von der Mitwirkung ausgeschlossen (befangen) zu sein, hat den Ausschlussgrund unaufgefordert der zuständigen Stelle anzuzeigen und den Sitzungsraum zu verlassen. Bei einer öffentlichen Sitzung kann er sich in dem für die Zuhörer bestimmten Teil des Sitzungsraumes aufhalten. (§ 22 Abs. 4 BbgKVerf)</p>			
3.	<p>Feststellung der Tagesordnung Herr Busse erklärt zu Beginn, dass er die Tagesordnungspunkte 17 im öffentlichen Teil und 4.2 im nicht öffentlichen Teil zurückzieht.</p> <p>Weitere Änderungsanträge werden nicht vorgetragen.</p>			
4.	<p>Informationen des Bürgermeisters Herr Busse bezieht sich auf die Äußerung von Herrn Koop, dass die Diskussion im Hauptausschuss über die Stellenplanänderung nicht notwendig war. Er weist darauf hin, dass die Einladung zur SVV vor der Hauptausschusssitzung verschickt wurde. Zudem wurde erst am Dienstag bekannt, dass der TIP ab dem 02.07.2018 eine FAV-Stelle bekomme. Weitere Informationen werde er im nicht öffentlichen Teil geben.</p>			
5.	<p>Einwohnerfragestunde Frau Lühder meldet sich zu Wort und schlägt im Namen des Umweltbeirates Folgendes vor: Der Bau- und Wirtschaftsausschuss sollte einmal jährlich im Herbst einen Bericht über die Situation des Baumbestandes in der Stadt mit folgendem Inhalt geben: 1. Anpflanzungen 2018 2. Private Baumfällanträge 2018 und Einhaltung der Baumschutzsatzung 3. Ergebnis der Überprüfung der Anpflanzungen 2017 4. Ergebnisse der Baumschau 2018 5. Vorgesehene Baumfällungen 2018/2019 6. Geplante Anpflanzungen 2019. Der Umweltausschuss begründet diesen Vorschlag wie folgt: "Es gibt in der Bevölkerung immer wieder Aufregung und Unverständnis, wenn große alte Bäume in der Stadt gefällt werden (z.B. Beetzer See). Über Notwendigkeit und Umfang wird nicht ausreichend informiert. Das gilt auch für die von der Stadt vorgenommenen Anpflanzungen. Ersatz- und Ausgleichpflanzungen werden als solche nicht erkannt. Einmal im Jahr soll im Zusammenhang über Zuwachs und Abgang im Baumbestand der Stadt informiert werden, auch um mögliche</p>			

	<p>zahlenmäßige und räumliche Defizite im Baumbestand rechtzeitig zu erkennen.</p> <p>Zwischenzeitlich erscheint Herr Voigts um 19:09 Uhr, so dass 16 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung anwesend sind.</p> <p>Frau Witt schildert die Unannehmlichkeiten, die aufgrund der Landwirtschaftsfahrzeuge in Ludwigsau entstehen. Grundstücke am unbefestigten Weg seien mit 2 cm hohen Staubschichten versehen. Es könnte einen Alternativweg hergestellt werden. Hierzu wären jedoch Baumfällungen und die Herstellung mit Schotter erforderlich. Herr Busse bittet Frau Witt, ihr Anliegen in schriftlicher Form der Verwaltung zu übergeben.</p> <p>Weitere Wortmeldungen sind nicht zu verzeichnen.</p>			
6.	<p>Bericht der Stadtverwaltung zur Flüchtlingsarbeit in der Stadt Kremen</p> <p>Frau Haak berichtet über die Flüchtlingsarbeit in der Stadt Kremen anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage).</p> <p>Anschließend gibt Herr Tietz im Namen der Willkommensinitiative ein Statement zur Flüchtlingsarbeit ab. Er erinnert u.a. an dem Tag im Herbst 2015, als vor dem Heim im Groß-Ziethener Weg die ersten Flüchtlinge begrüßt wurden. In dieser ersten Zeit ihres Aufenthaltes waren viele Kremmener bereit, den Neuankömmlingen zu helfen. Viele Patenschaften entwickelten sich und waren sehr hilfreich. Mit der Einrichtung des Heimes und der Belegung habe sich der Charakter der Arbeit der Willkommensinitiative geändert. Durch die organisatorische Struktur, den Einsatz qualifizierter Sozialarbeiter im Heim, sei vieles nicht mehr nötig. Die Gruppe, die sich jetzt darauf konzentriert, das Einleben zu erleichtern und Verständnis für unsere Lebensweise und unser Rechtsempfinden zu verbreiten, nennt sich "Kleiner Kreis". So konnte auch auf Anregung von Frau v. Thüngen und durch ihre tatkräftige Unterstützung gemeinsam mit den Sozialarbeitern ein Kinderspielzimmer im Heim eröffnet werden. Jeweils eine oder zwei Mütter können dort die Kinder betreuen, wenn andere Mütter zum Beispiel zum Deutschkurs sind. Derzeit wird für den 8. August eine Busfahrt von Müttern mit Kindern ab zwei Jahren in den Germendorfer Tierpark organisiert. Und am Erntedankfest der evangelischen Kirche im September in Beetz werden auch Flüchtlinge teilnehmen. Die Gruppe setzt sich dafür ein, dass die gute Atmosphäre, in der die Alt-Kremmener mit den doch zahlreichen Neuankömmlingen leben, zuverlässig erhalten bleibt. Keiner von den Flüchtlingen werde bevorzugt</p>			

	<p>oder in Watte gepackt. Es werde unterstützt und geholfen, damit die Flüchtlinge das Leben hier in einer für sie fremden Kultur und im unbekannten Umfeld meistern und sich eingliedern.</p> <p>Es folgen mehrere Wortmeldungen.</p> <p>U.a. verweist Herr Oertel auf die erforderlichen finanziellen Mittel, er könne auch keinen Nutzen erkennen. So würden Mittel für den Straßenbau, wie z.B. die Ludwigsauer Dorfstraße fehlen. Es gebe einige Flüchtlinge die Arbeiten, und auch gut, aber viele Flüchtlinge arbeiten gar nicht und seien auch nicht Willens.</p> <p>Wenn der Aufenthaltsstatus nicht geklärt ist, dürfen Flüchtlinge nicht arbeiten, berichtet Herr Brunner. Ihm ärgere auch, dass derzeit so unproblematisch die Wohnanlage im Außenbereich errichtet werden konnte. Bei anderen Vorhaben ginge dies nicht.</p> <p>Herr Tietz macht noch einmal deutlich, dass die Heimbewohner Einwohner der Stadt Kremen sein und auch genauso behandelt werden. Arbeiten könne nur derjenige, der die deutsche Sprache beherrsche. Daher werde auch viel Druck gemacht, die Sprache zu erlernen. Es gebe auch die Möglichkeit, vor dem Status zu arbeiten, jedoch bedarf dies einer gesonderten Genehmigung. Derzeit sei die Hinführung zur Arbeit eine Aufgabe.</p> <p>Die Frage nach dem Nutzen sei eine abstruse Frage, sagt Herr Mittelstädt. Die 180 Bürger, die im Heim leben, hätten den Nutzen und weil sie Teil der Gesellschaft sind, haben auch wir den Nutzen. Es sei nicht falsch, sich über die Ludwigsauer Dorfstraße Gedenken zu machen. Der Vergleich mit der Herstellung der Ludwigsauer Dorfstraße sei jedoch keine Relation, hier hätten nur ca. 20 Anlieger den Nutzen. Abgesehen von der ethischen Frage, den Menschen, die in Not und Sorge sind.</p> <p>Nach Beendigung aller Wortmeldungen schließt Herr Reckin diesen Tagesordnungspunkt.</p>			
7.	<p>Beratung zur Kita-Bedarfsplanung und Kapazitäten in den Kindertagesstätten der Stadt Kremen</p> <p>Frau Haak gibt anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage) Informationen zur Kita-Bedarfsplanung und zu den Kapazitäten in den Kindertagesstätten der Stadt Kremen. Die Kita-Bedarfsplanung war bereits Beratungsthema im vergangenen Kultur- und Sozialausschuss.</p>			

	<p>Anschließend weist Frau Haak noch darauf hin, dass der Vorschlag von Frau Dr. Gebauer zur Nutzung des Turnraumes in der Kremmener Kita dem Bildungsministerium vorgetragen wurde. Das Ministerium wies darauf hin, dass eine Integrationskita zwingend zwei Therapieräume zur Verfügung haben müsse.</p> <p>Der Kultur- und Sozialausschuss habe in seiner Sitzung einstimmig empfohlen, die Kapazität der Kremmener Kita um mindestens 25 Plätze bis zum Jahresende zu erhöhen, berichtet Herr Busse. Das Bauamt war bereits mit einem Architekten vor Ort und es gebe eine Möglichkeit, die Baulichkeit auf dem vorhandenen Grundstück zu errichten. Er warte jetzt noch auf die schriftliche Vorlage.</p> <p>Der Vorsitzende des Kultur- und Sozialausschusses, Herr Tietz, macht abschließend noch einmal deutlich, dass der Ausschuss nach gründlicher Abwägung den Vorschlag zur Schaffung von 25 weiteren Plätzen in Kremmen empfohlen habe. Die Verwaltung möge prüfen, welche Möglichkeiten es gibt.</p>			
8.	<p>Beratung und Beitrittsbeschluss zur Erfüllung der Maßgabe aus dem Genehmigungsbescheid der höheren Verwaltungsbehörde vom 23.05.2018, AZ 521010-01558/2018/see zur Änderung des Flächennutzungsplanes Hohenbruch der Stadt Kremmen für die Teilfläche Döringsbrücker Weg (Plangebiet des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 58) Beschlussvorlage - 01-35-2018</p> <p>Herr Kretzschmar berichtet, dass der Bau- und Wirtschaftsausschuss die einstimmige Empfehlung zur Beschlussfassung ausgesprochen habe.</p> <p>Auf Hinweis von Herrn Förster erklärt Herr Busse, dass es für die auf dem Gelände befindliche Druckleitung eine Dienstbarkeit mit dem Zweckverband gebe.</p> <p>Nachdem keine weiteren Fragen gestellt werden, folgt die Abstimmung.</p> <p>“Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt zur Erfüllung der Maßgabe aus dem Genehmigungsbescheid der höheren Verwaltungsbehörde vom 23.05.2018, AZ 521010-01558/2018/see für die Änderung des Flächennutzungsplanes Hohenbruch der Stadt Kremmen für die Teilfläche Döringsbrücker Weg (Plangebiet des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 58) (Anlage 1) die geänderte Abwägung zur Stellungnahme des Landkreises Oberhavel vom 10.11.2017, Punkt 1.1.1 gemäß Anlage 2.</p> <p>Im Flächennutzungsplan der Stadt Kremmen erfolgt dementsprechend unverändert die Darstellung der kleinen Restfläche der Fläche für Ver- und Entsorgungsanlagen mit der Zweckbestimmung-Anlagen für Abwasser (Planzeichen Nr. 15.1 PlanzV) außerhalb des Änderungsbereiches. (Anlage 3)”</p>			

	Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: laut Vorschlag	16	0	0
9.	<p>Beratung und Beschluss: Abwägungsbeschluss zum Ergebnis der Beteiligung der Behörden- und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 63 "Fontaneweg 4/6" Beschlussvorlage - 01-38-2018 Herr Kretzschmar gibt bekannt, dass die Beratung im Bau- und Wirtschaftsausschuss stattgefunden habe. Der Ausschuss habe einstimmig die Empfehlung ausgesprochen.</p> <p>Nachdem keine Fragen gestellt werden, bittet der Vorsitzende der SVV, Herr Reckin, um Abstimmung. "Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt nach erfolgter Abwägung der Hinweise und Anregungen, die im Rahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 zum Bebauungsplan Nr. 63 "Fontaneweg 4/6" vorgebracht wurden, die in den Beschlussempfehlungen dargelegte Berücksichtigung und Nichtberücksichtigung der Hinweise und Anregungen gemäß der Anlage."</p>			
	Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: laut Vorschlag	16	0	0
10.	<p>Beratung und Beschluss: Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 63 "Fontaneweg 4/6" Beschlussvorlage - 01-39-2018 Der Bau- und Wirtschaftsausschuss hat die Beschlussfassung zum Satzungsbeschluss einstimmig empfohlen, erklärt Herr Kretzschmar.</p> <p>Auch der Ortsbeirat Kremmen habe, wie auch zum TOP 9, beraten und einstimmig empfohlen, berichtet Herr Koop.</p> <p>Da keine Fragen gestellt werden, folgt die Beschlussfassung. "Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt:</p> <p>1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt entsprechend dem Abwägungsergebnis auf der Grundlage des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) den Bebauungsplan Nr. 63 "Fontaneweg 4/6", bestehend aus der Planzeichnung und den textlichen Festsetzungen in der Fassung vom Juni 2018 als Satzung.</p> <p>2. Die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 63 "Fontaneweg 4/6" mit Stand Juni 2018 wird gebilligt.</p> <p>3. Der Satzungsbeschluss sowie Angaben darüber, an welchem Ort und zu welchen Zeiten der Bebauungsplan mit der Begründung von jedermann auf Dauer eingesehen und Auskunft über seinen Inhalt verlangt werden kann, sind ortsüblich bekannt zu machen."</p>			
	Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: laut Vorschlag	16	0	0
11.	Beratung und Beschluss: Satzung der Stadt Kremmen zur Erhebung von			

	<p>Kostenbeiträgen in den Kindertagesstätten und der Tagespflege der Stadt Kremmen Beschlussvorlage - 01-40-2018</p> <p>Herr Busse begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Brandt und Herrn Schröder von der Rechtsanwaltskanzlei Andreas Brandt aus Prenzlau. Das Anwaltsbüro hat die Verwaltung bei der Ausarbeitung der Satzung unterstützt. Die Satzung wurde in mehreren Sitzungen des Kultur- und Sozialausschusses beraten, zudem gab es auch eine Sondersitzung des Finanzausschusses, berichtet Herr Busse.</p> <p>Der Vorsitzende des Kultur- und Sozialausschusses, Herr Tietz, erklärt, dass der Ausschuss in seiner Sitzung am 07.06.2018 "fröhlichen Herzens" empfohlen habe, den vorliegenden Entwurf der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung zu übergeben. Es sei ein langwieriger Prozess gewesen. Nun sei ein gutes, gerechtes und kinderfreundliches Ergebnis erreicht worden. Kremmen beweise erneut, dass sie eine kinderfreundliche Stadt ist. In einer Arbeitsberatung des Kultur- und Sozialausschusses und in Abstimmung mit dem Finanzausschuss wird empfohlen, die Wirksamkeit der Satzung im 2-Jahres-Rhythmus zu überprüfen. Damit bestehe die Möglichkeit, den Anteil der Stadt an den Platzkosten stets über die Jahre hin anzupassen.</p> <p>Auch die nachfolgende Essengeldsatzung habe den gleichen Weg hinter sich und wurde ebenfalls empfohlen.</p> <p>Die Vorsitzende des Finanzausschusses, Frau Dr. Gebauer, schließt sich den Worten von Herrn Tietz an. Auch sie ist sehr glücklich. Es war zwar ein langer und teilweise beschwerlicher Weg, aber jetzt sei etwas "Gutes" entstanden. Zudem möchte sie sich beim Bürgermeister bedanken, der zu seinem Wort gestanden hat, Herrn Schröder von der Rechtsanwaltskanzlei Brandt zu engagieren.</p> <p>Nachdem keine weiteren Fragen gestellt werden, bedankt sich Herr Reckin bei Herrn Brandt und Herrn Schröder für ihr Erscheinen.</p> <p>Es folgt die Abstimmung.</p> <p>"Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt die in der Anlage beigefügte Satzung der Stadt Kremmen zur Erhebung von Kostenbeiträgen in den Kindertagesstätten und der Tagespflege der Stadt Kremmen.</p> <p>Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Kremmen zur Erhebung von Elternbeiträgen in den Kindertagesstätten der Stadt Kremmen (KITA-Gebührensatzung) vom 14.12.2006 außer Kraft."</p>			
--	--	--	--	--

	Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: laut Vorschlag	16	0	0
12.	<p>Beratung und Beschluss: Satzung der Stadt Kremmen über die Versorgung mit Mittagessen in den Kindertagesstätten und Schulen in Trägerschaft der Stadt Kremmen (Essengeldsatzung) Beschlussvorlage - 01-41-2018</p> <p>Über die eigene Schulküche in Kremmen, können wir sehr glücklich sein, meint Herr Busse. Die Schulküche sei im Landkreis Oberhavel fast einzigartig und einige Bürgermeister haben sich die Schulküche auch schon angesehen.</p> <p>In den Sitzungen zur Kitasatzung wurde auch über die Essengeldsatzung beraten. Zur Höhe des Essengeldes gebe es keine geltende Rechtsprechung. Es wird empfohlen, das Mittagessen für Krippen-, Kita- und Grundschulkinder (bis zur 6. Klasse) mit 1,50 € festzulegen. Bisher zahlten Kita-Kinder 1,80 € und Grundschulkinder 2,10 €. Für das Kita-Essen werden nach wie vor 17 Tage pro Monat berechnet. In der Schulküche erfolgt die Bezahlung mit Bargeld. Hier werde es in Zukunft eine Änderung geben; der Bargeldverkehr müsse wegfallen.</p> <p>Herr Tietz erklärt, dass der Kultur- und Sozialausschuss die Empfehlung zur Beschlussfassung ausgesprochen habe.</p> <p>Auch der Finanzausschuss habe die Empfehlung ausgesprochen, berichtet Frau Dr. Gebauer.</p> <p>Herr Reckin bittet die Abgeordneten um Abstimmung. "Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt die in der Anlage beigefügte Satzung der Stadt Kremmen über die Versorgung mit Mittagessen in den Kindertagesstätten und Schulen in Trägerschaft der Stadt Kremmen (Essengeldsatzung)."</p>			
	Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: laut Vorschlag	16	0	0
13.	<p>Beratung und Beschluss: Schließzeiten der Kindertagesstätten / Hort der Stadt Kremmen in den Ferien und zu den Feiertagen im Jahr 2019 Beschlussvorlage - 01-43-2018</p> <p>Nach dem Hinweis von Herrn Tietz, dass der Kultur- und Sozialausschuss die Schließzeiten für das Jahr 2019 empfohlen habe und nachdem keine Fragen gestellt werden, folgt die Abstimmung.</p> <p>"Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt die in der Anlage aufgeführten Schließzeiten der Kindertagesstätten / Hort der Stadt Kremmen in den Ferien und zu den Feiertagen im Jahr 2019."</p>			
	Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: laut Vorschlag	16	0	0
14.	<p>Beratung und Beschluss: Vorschlagsliste für die Schöffenwahl 2019 bis 2023 Beschlussvorlage - 01-44-2018</p> <p>Zu Beginn des Tagesordnungspunktes schließt sich Herr Koop</p>			

	<p>gem. § 22 BbgKVerf von der Mitwirkung aus und nimmt für diesen Tagesordnungspunkt in den Zuschauerreihen Platz.</p> <p>Frau Haak weist darauf hin, dass die Vorschlagsliste den Unterlagen beigelegt ist. Aus der Stadt Kremmen sind vier Kandidaten zu beziehen. Es ist aber auch möglich, die gesamte Liste einzureichen. Nach der Beschlussfassung wird diese Liste noch einmal in den Schaukästen veröffentlicht. Jeder Bürger habe dann die Möglichkeit Einspruch einzulegen.</p> <p>Es werden keine Fragen gestellt. Herr Reckin bittet um Abstimmung.</p> <p>„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt die in der Anlage beigelegte Vorschlagsliste der Stadt Kremmen zur Schöffenwahl für die Amtsperiode vom 01.01.2019 bis 31.12.2023.“</p>			
	<p>Stimmverhältnis: einstimmig</p> <p>Abstimmung: laut Vorschlag</p>	15	0	0
	<u>Mitwirkungsverbot nach § 22 BbgKVerf</u>			
	Koop, Eckhard			
15.	<p>Beratung und Beschluss: Satzung zur 3. Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung der Stadt Kremmen</p> <p>Beschlussvorlage - 01-46-2018</p> <p>Zu Beginn erklärt Herr Busse sein Mitwirkungsverbot gem. § 22 BbgKVerf für die Tagesordnungspunkte 15 und 16 an und nimmt in den Zuschauerreihen Platz.</p> <p>Am 02.02.2018 ist die Brandenburgische Kommunalbesoldungsverordnung (BbgKomBesV) in Kraft getreten, erklärt Frau Haak. Die Besoldung des Bürgermeisters setzt sich zusammen aus dem Grundgehalt und einer pauschalen Dienstaufwandsentschädigung. Die Höhe der Dienstaufwandsentschädigung wird gemäß § 6 Abs. 1 BbgKombesV zu Beginn jeder Amtszeit durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung festgesetzt. Daher sei es auch erforderlich die Aufwandsentschädigungssatzung dahingehend zu ändern. Bisher war die Aufwandsentschädigung im § 2 der Satzung geregelt.</p> <p>Muss der Paragraph aufgehoben werden, fragt Herr Koop. Er sehe eigentlich keine Notwendigkeit.</p> <p>Die Verordnung besagt, dass ein Beschluss notwendig ist. Die Rechtsgrundlage für die Satzung war die Kommunaldienstaufwandsentschädigungsverordnung und diese wurde aufgehoben, berichtet Frau Haak. Daher ist die Satzungsänderung notwendig.</p>			

	<p>Zudem bittet Herr Koop um eine Erklärung der folgenden Passage in der Problembeschreibung: "....unter Berücksichtigung von Erkenntnissen über typischerweise im Zusammenhang mit den Amtsgeschäften entsprechenden Aufwendungen..." Was ist das?</p> <p>Alle Ausgaben, die im Zuge der Repräsentation des Bürgermeisters entstehen, wie z.B. Bekleidung und Bewirtung, antwortet Frau Haak.</p> <p>Nach kurzem Wortwechsel schlägt Herr Tietz vor, dass die Verwaltung die Erklärung nachreicht.</p> <p>Herr Kretzschmar weist darauf hin, dass in der Anlage zur Beschlussvorlage ein falsches Blatt beigelegt sei. Es handelt sich hier um die 3. Satzungsänderung und beigelegt ist ein Auszug der Aufwandsentschädigungssatzung und nicht die 2. Satzungsänderung.</p> <p><u>Anmerkung der Verwaltung:</u></p> <p>Der Auszug der Aufwandsentschädigungssatzung vom 27.03.2018 wurde nicht versehentlich beigelegt. Um den Abgeordneten den § 2 (Aufwandsentschädigung für den hauptamtlichen Bürgermeister und seinen Stellvertreter), der mit der 3. Satzungsänderung gestrichen wird, aufzuzeigen, war der Auszug beigelegt.</p> <p>Nach Beendigung aller Wortmeldungen folgt die Abstimmung. "Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt die in der Anlage beigelegte Satzung zur 3. Änderung Aufwandsentschädigungssatzung der Stadt Kremmen."</p>			
	<p>Stimmverhältnis: mehrstimmig Abstimmung: laut Vorschlag</p>	14	1	0
	Mitwirkungsverbot nach § 22 BbgKVerf			
	Busse, Sebastian			
16.	<p>Beratung und Beschluss: Höhe der Dienstaufwandsentschädigung des Bürgermeisters der Stadt Kremmen Beschlussvorlage - 01-45-2018</p> <p>Frau Dr. Gebauer weist darauf hin, dass in der neuen Verordnung vom Februar 2018 geregelt ist, dass bei Kommunen bis 10.000 Einwohnern ein Betrag von 160 € nicht überschritten werden soll. Im Verhältnis gesehen zur Einwohnerzahl von Kremmen sollte der bisherige Betrag von 115 € unverändert bleiben. Sie beantragt im Namen der UWG/LGU-Fraktion die Änderung der Beschlussvorlage von 160 € auf 115 €.</p> <p>Nach Abschluss der Wortmeldungen bittet Herr Reckin um Abstimmung über den Antrag der UWG/LGI-Fraktion.</p>			

	<p>Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 4 Enthaltungen: 4</p> <p>Mit dem Abstimmungsergebnis ist der Änderungsantrag angenommen.</p> <p>Es folgt die Abstimmung über die geänderte Beschlussvorlage. "Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt die Höhe der Dienstaufwandsentschädigung des Bürgermeisters auf monatlich 115,00 € festzulegen."</p>			
	<p>Stimmverhältnis: mehrstimmig Abstimmung: laut Vorschlag</p>	10	2	3
	Mitwirkungsverbot nach § 22 BbgKVerf			
	Busse, Sebastian			
17.	<p>Beratung und Beschluss: 2. Änderung des Stellenplans zum Haushalt 2018 Beschlussvorlage - 01-47-2018 Entfällt! (Siehe TOP 3) "Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt die 2. Änderung zum Stellenplan gem. § 9 KomHKV zum Haushalt 2018 mit folgenden Änderungen: Es wird eine zusätzliche Stelle im Tourismusinformationssystem mit ca. 35 Wochenstunden ab 01.09.2018 geschaffen"</p>			
18.	<p>Anfragen und Informationen der Abgeordneten Herr Kurth habe gehört, dass sich der Straßen- und Wegebau nochmals verzögert. Nach erfolgter Auftragsvergabe sind Straßen und Wege neu sortiert worden. Nun habe die Verwaltung vermutlich kein Druckmittel mehr und ganz kostenneutral war dies sicher auch nicht. Herr Busse erklärt, dass sich der Ortsbeirat Kremmen gegen den Mittelweg ausgesprochen hat. Der Mittelweg war ausgeschrieben. Nun wird eine andere Straße hergestellt. Zudem stehe für die gesamten Maßnahmen eine gewisse Summe zur Verfügung. Er geht auch davon aus, dass die 31 .KW eingehalten wird. Der Planer Herr Grünert stehe im Kontakt mit der bauausführenden Firma.</p> <p>Frau Dr. Gebauer erklärt, dass am 22.03.2018 die Krediterhöhung für Woba beschlossen wurde. Das Geld ist bisher noch nicht auf dem Konto eingetroffen. Warum dauert dies so lange? Das Geld ist zwischenzeitlich angewiesen, so Herr Bröker.</p> <p>Herr Förster weist noch einmal auf die erforderliche Regenwasserkonzeption in Hohenbruch hin.</p> <p>Herr Kretzschmar bezieht sich auf den gefassten Beschluss zur Schaffung einer Stelle eine/n Bufti (Bundesfreiwilligendienst).</p>			

<p>Er bittet um Informationen zum Sachstand. Mittel sollen im nächsten Haushalt eingestellt werden, berichtet Frau Haak. Förderanträge werden anschließend eingereicht.</p> <p>Herr Koop trägt folgende Anliegen aus der Ortsbeiratssitzung vor:</p> <p><i>Bürgerhaushalt</i> Die Verwaltung wird gebeten, eine schriftliche Antwort an alle Antragsteller zu übersenden, ob die Projekte umsetzbar sind oder nicht.</p> <p><i>Tempo 30 - Zonen, z.B. am Bahnhof</i> Hat die Verwaltung ein Mitspracherecht?</p> <p>Zu den 30iger-Zonen kann Herr Steinke vom Landesbetrieb Straßenwesen, der im Zuschauerraum sitzt, eine Antwort geben. Vor Schulen, Kindertagesstätten, Alten- und Pflegeheimen gilt jetzt bundesweit Tempo 30, so Herr Steinke. Dies sei jetzt gesetzlich geregelt.</p> <p><i>Bericht über alle Aktivitäten im Rahmen des Austausches mit der polnischen Gemeinde Suchozébry</i> Bereits vor einiger Zeit hat der Ortsbeirat einen Bericht gefordert, auch mit den Planungen für 2019.</p> <p>Herr Busse sagt, dass es bereits einen Bericht gab. Weiteres sei ihm nicht bekannt. Herr Reckin erklärt, dass Aktivitäten über die Schule laufen und auch über die Feuerwehr, welche seien ihm nicht bekannt. Und es laufen Aktivitäten auf der politischen Ebene. Momentan ist in der Öffentlichkeit nur bekannt, dass Einige mehrmals pro Jahr dort hinfahren, sagt Herr Koop. Im vergangenen Jahr war Herr Busse das erste und einzige Mal in Polen. Eine polnische Delegation wurde für dieses Jahr eingeladen, aber bisher gebe es noch keine Antwort, berichtet Herr Busse. Derzeit sei die politische Situation dort nicht die Beste. Vertreter der Kremmener Schule waren im letzten Jahr dort und hierzu gab es auch einen Bericht. In diesem Jahr waren polnische Schüler in Kremen zu Gast und der Feuerwehraustausch anlässlich 90-Jahre Feuerwehr Staffelde war ausführlich im Kremen-Magazin beschrieben. Herrn Koop genügen diese Informationen.</p> <p>Zu den geforderten Antwortschreiben im Rahmen des Bürgerhaushaltes erklärt Herr Busse, dass der jeweilige Ortsbeirat, dem die Entscheidung obliegt, auch die Antragsteller</p>			
---	--	--	--

	<p>informieren müsse. Die Anträge wurden auch an den Ortsbeirat gestellt. Herr Koop ist nicht der Meinung, dass dies der Ortsbeirat übernehmen müsse. Die Anträge wurden an die Stadt gestellt. Alle Antragsteller sollten von der Verwaltung eine Antwort erhalten, ob das Projekt bewilligt ist und wenn nicht, warum.</p> <p>Herr Glanzer berichtet, dass gegenüber der Staffelder Fleischerei seit ca. 14 Tagen ein Fahrzeug Renault Kangoo abgestellt ist. Das Ordnungsamt wird kontrollieren, sagt Herr Busse zu.</p> <p>Nach Beendigung aller Wortmeldungen schließt Herr Reckin den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:30 Uhr.</p>			
--	---	--	--	--



Bericht zur Flüchtlingsarbeit in der Stadt Kremmen

SVV am 28.06.2018

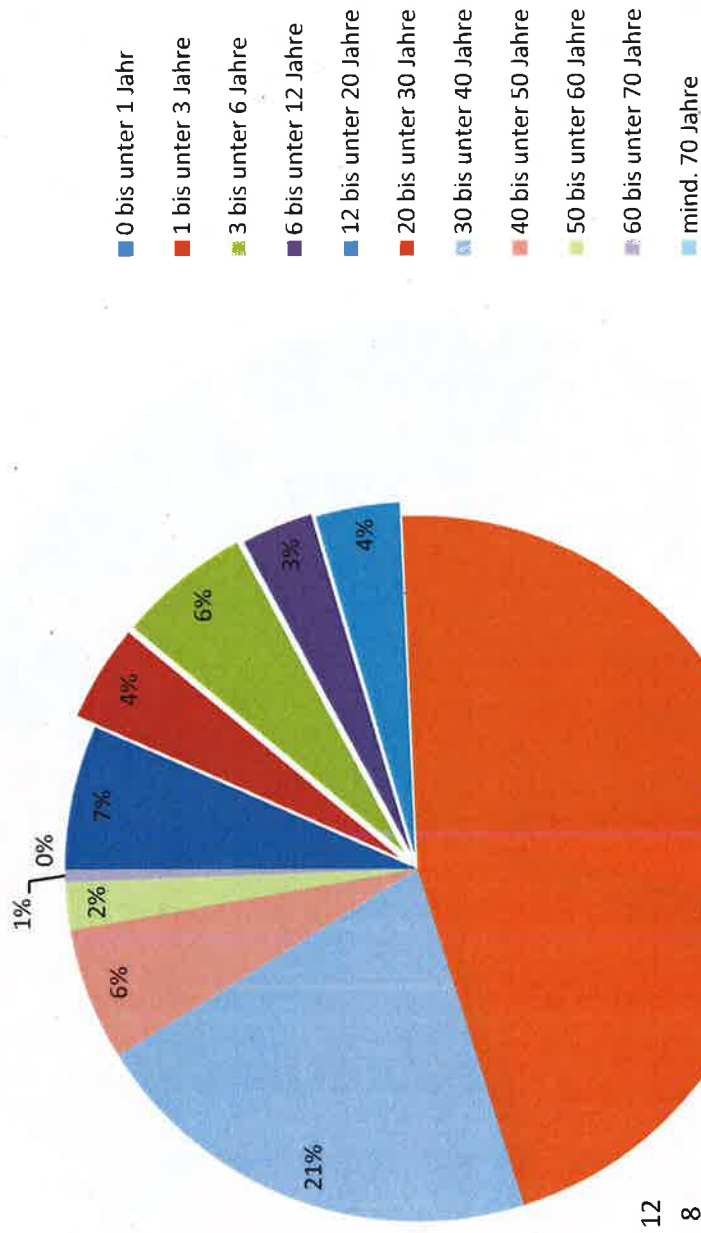
Seit September 2015, mit dem Einzug der ersten Flüchtlinge in das Heim am Groß-Ziethener Weg, leben in Kremen Ausländer in größerer Anzahl.

Damals waren es vor allem Menschen, die aus ihrer Heimat vor Krieg und Not geflohen sind. Sie wurden hier bei uns gut aufgenommen. Viele aus dieser Zeit leben heute in Wohnungen in der Stadt und im Kreis. Einige gehen zur Arbeit oder studieren.

Mit dem Bezug der neuen Häuser an der Berliner Straße hat sich auch die Zusammensetzung der Ankommenden geändert. Wir haben es mit Flüchtlingen zu tun, die wegen der schlechten Lebensbedingungen in ihren Ländern hergekommen sind. Durch die gute Ausstattung in unserem Heim belegt die Kreisverwaltung vorrangig mit Familien oder Frauen mit Kindern.

Nicht alle der Neuankömmlinge erhalten Asyl oder einen humanitären Aufenthaltsstatus.

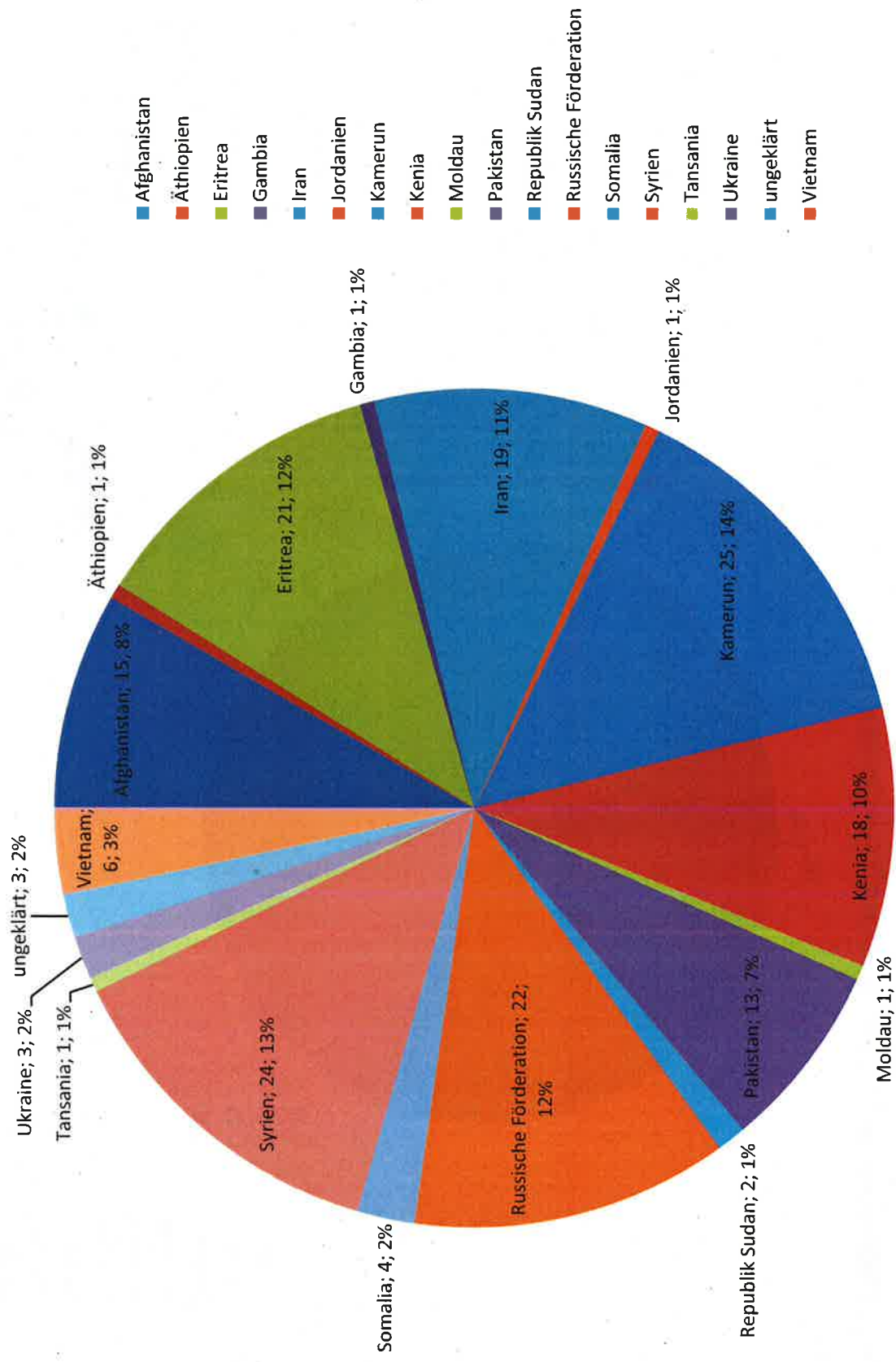
In der Stadt Kremen Asylbewerber und weitere Personen mit Integrationsbedarf (Gemeinschaftsunterkunft)



0 bis unter 1 Jahr	12
1 bis unter 3 Jahre	8
3 bis unter 6 Jahre	11
6 bis unter 12 Jahre	6
12 bis unter 20 Jahre	7
20 bis unter 30 Jahre	83
30 bis unter 40 Jahre	38
40 bis unter 50 Jahre	11
50 bis unter 60 Jahre	4
60 bis unter 70 Jahre	1
mind. 70 Jahre	0
	181
Wohnungen	+ 29

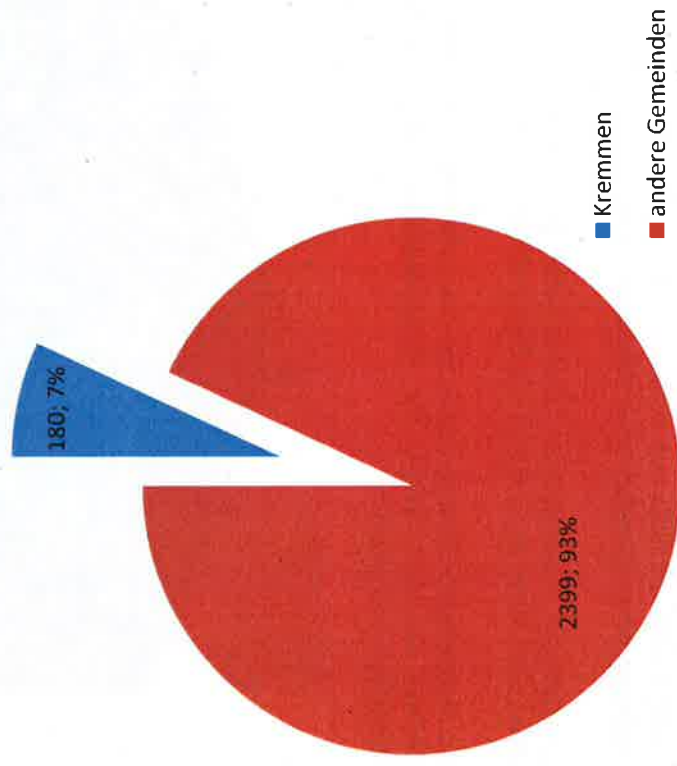


17 Nationen

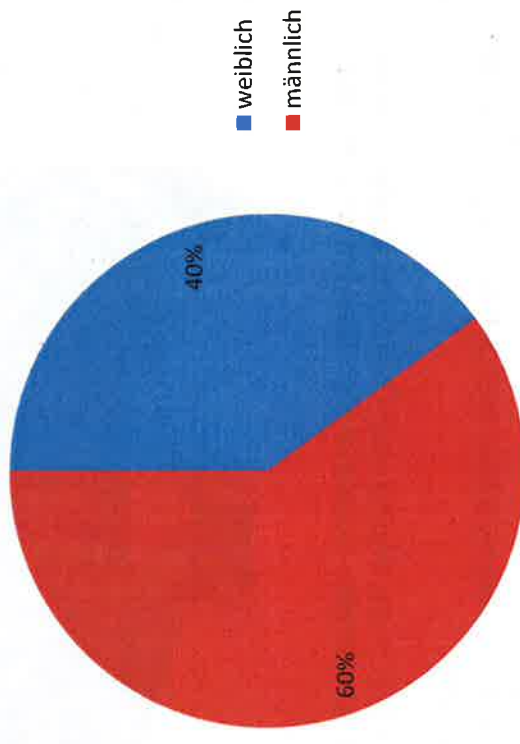


Asylbewerber und weitere Personen mit Integrationsbedarf

Landkreis Oberhavel
Gesamt: 2.579 Personen



Geschlecht



Situation im Heim

Die Situation im Heim ist ruhig und entspannt. Das ist der guten Atmosphäre im Heim und der dort geltenden und von den Bewohnern überwiegend geachteten Ordnung geschuldet, die von den dort tätigen Sozialarbeitern eingeführt wurde und umgesetzt wird. Alles verläuft normal, es gab und gibt keine besonderen Vorkommnisse.

Das bedeutet allerdings nicht, dass es untereinander nicht gelegentlich Streit gibt und Spannungen entstehen. Diese konnten untereinander oder mit Hilfe von außen gelöst werden. Nur in wenigen Fällen musste die Polizei gerufen werden, wie kürzlich zur Schlichtung eines Streites unter Alkoholeinfluss. Dieses Ereignis ist Anlass, nach den Ursachen zu suchen.

Die langdauernden Prozesse der Überprüfung, des Fehlens von Arbeit und Beschäftigung führen natürlich zu Unsicherheit und Langeweile. Das kann auch durch die Deutschkurse nicht ausgeglichen werden.

Durch die zeitweiligen Umzüge sank die Zahl der Heimbewohner auf rund 170. In der Woche nach Ostern konnte das sanierte Haus E wieder bezogen werden, die „Ausgelagerten“ kehrten zurück. Die Schadstellen wurden in allen Häusern im laufenden Betrieb beseitigt und saniert.









Integrationskurse und Deutschkurse in der Museumsscheune

Zahlreiche Flüchtlinge nahmen an den verschiedenen Stufen der Kurse zum Erlernen der deutschen Sprache, bei denen auch Landeskennntnisse vermittelt wurden, teil. Die meisten wollen Deutsch lernen, um sich zu integrieren und arbeiten zu können. Vor einigen Tagen ist in Kremen auch ein Integrationskurs angelaufen. Er soll vor allem den Müttern mit Kindern die Möglichkeit geben, die Sprache zu lernen, während die Kinder in der Kita oder im neuen Spielzimmer des Heimes betreut werden.

Die Kurse werden von der Volkshochschule oder von Bildungseinrichtungen in Hennigsdorf und Oranienburg organisiert.



Brandanschlag

Was war im April 2017 passiert?

In der Nacht vom 14. auf den 15. April 2017 hatten Unbekannte in Kremen zwei Brandsätze auf die Asylunterkunft geworfen. Der eine Brandsatz hatte sich auf dem Rasen entzündet und konnte vom Wachschutz schnell mit einem Feuerlöscher bekämpft werden. Der zweite Brandsatz hatte sich nicht entzündet. In Folge lebten die Bewohner in Angst vor weiteren Vorfällen. Im Juni hatten Polizei und Staatsanwaltschaft eine Belohnung in Höhe von 5.000 Euro für Hinweise aus der Bevölkerung auf den Täter ausgesetzt.

Quelle: MAZ - Online

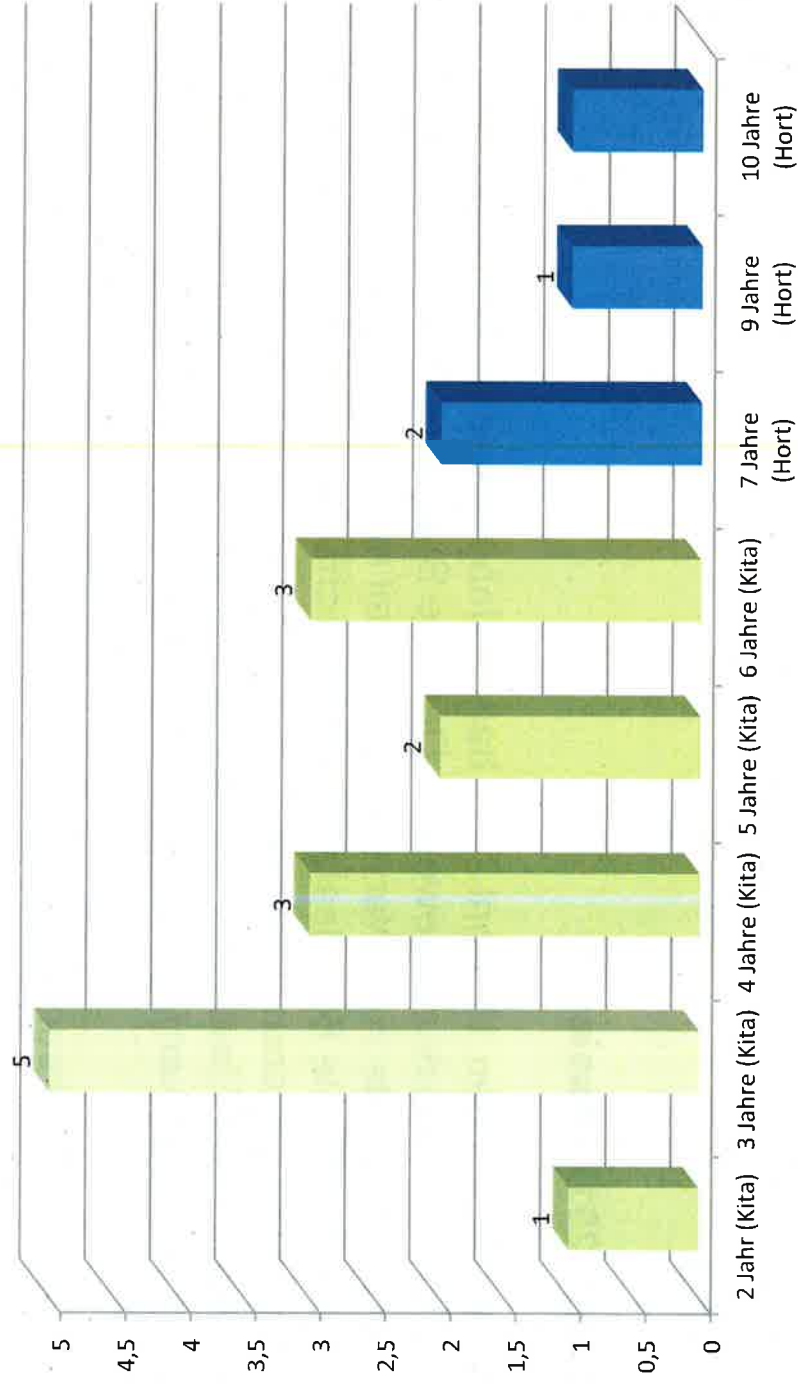
- zunächst war die Tätersuche sehr schwierig
- die DNA-Auswertung der Beweismittel brachte einen Hinweis
- ein 29 Jähriger gestand die Tat
- ein Zeuge sagte aus, dass es einen Zweitäter gab
- zwei Kremmener mussten sich vor dem Landgericht Neuruppin verantworten

Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen. Bei den vor Gericht stehenden Bürgern handelt es sich um Kremmener Einwohner. Darüber sollte man nachdenken.

Betreuung in den Kindergärten und im Hort der Stadt Kremen

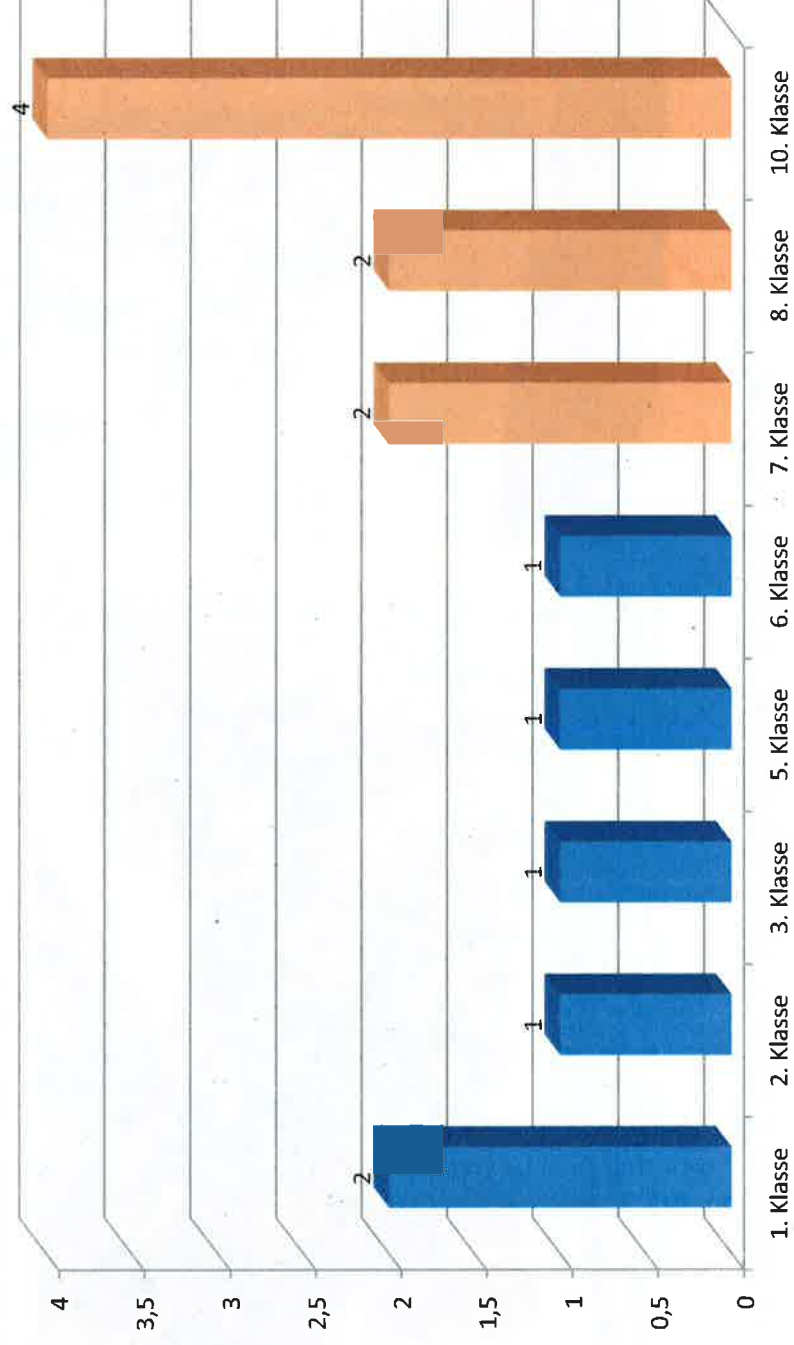
Der Bedarf an Plätzen in der Kita, im Hort und in der Grundschule für die Kinder der Flüchtlinge konnte abgesichert werden. Die Betreuungs- und Bildungsarbeit vollzieht sich in guter Atmosphäre. Daran haben die Erzieher*innen, die Hortner*innen und die Lehrer*innen einen großen Anteil, dafür herzlichen Dank. Das ist sehr bedeutsam für das Hineinwachsen der Kinder in unsere Gesellschaft. Die größeren Kinder sprechen schon gut Deutsch und helfen uns, vieles in die Familien zu tragen.

18 Kinder



Betreuung in der Grund- und Oberschule der Stadt Kremen

14 Kinder



Soziales Miteinander:

Teilnahme an gesellschaftlichen Aktivitäten / Sport



Drachenbootrennen in Beetz 2016 / 2017

Das sind bisher nur Anfänge, die Teilnahme könnte sich ausbreiten. Nur wenige Flüchtlinge wirken in den Sportgemeinschaften mit. Einige hatten auch falsche Vorstellungen von Freizeitsport in Deutschland. Auch das ist ein Lernprozess.



Teilnahme am FIM (Flüchtlingsintegrationsprogramm)

- 5 Stellen für 2018 geplant, davon waren zwei besetzt.

Leistung von Sozialstunden im Wirtschaftshof der Stadt Kremen

Finanzieller Aufwand der Stadt für die neuen Einwohner

Einnahmen und Ausgaben

Mieteinnahmen:

	2016	2017	bis 21.06.2018	Gesamt:
Mieteinnahmen	175.200,00 €	814.680,00 €	407.340,00 €	1.397.220,00 €

Aufwendungen:

Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

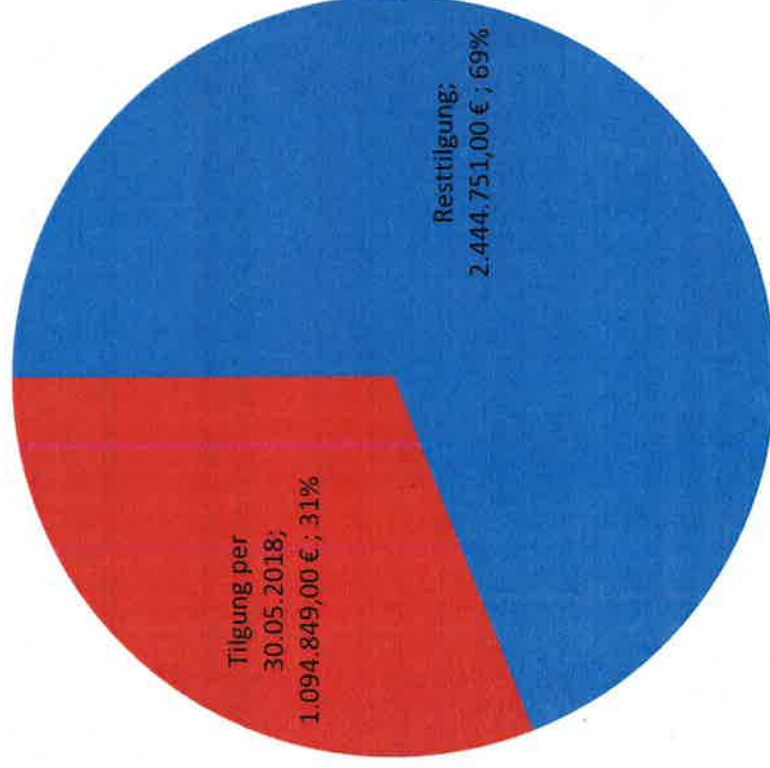
	2016	2017	bis 21.06.2018	
Ansatz	5.000,00 €	10.000,00 €	10.000,00 €	25.000,00 €
Ergebnis	1.011,99 €	1.479,85 €	1.136,77 €	3.628,61 €

Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen

	2016	2017	bis 21.06.2018	
Ansatz	60.200,00 €	120.500,00 €	120.500,00 €	301.200,00 €
Ergebnis	10.732,65 €	78.429,42 €	40.414,48 €	129.576,55 €

Kreditablösung für die Gemeinschaftsunterkunft

Kredite: 3.539.600,00 € gesamt



Flüchtlingsbetreuung – Hilfe mit Plan

Das Ziel der Initiative „Hilfe mit Plan“ ist es Willkommens-, Begegnungs- und Austauschveranstaltungen zu organisieren, welche den Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG das Zurechtfinden in der für sie unbekannten Lebenssituation erleichtert; Informationsmaterialien und Orientierungshilfen bereitzustellen, in diesem Bereich ehrenamtlich tätige Personen zu unterstützen, die Selbsthilfe zu stärken sowie Unterrichtsmaterialien zur Überwindung von sprachlichen Barrieren anzuschaffen.

	2016	2017	2018
geplante Aufwendungen	24.000,00 €	24.000,00 €	8.000,00 €
tatsächliche Aufwendungen	9.817,52 €	12.952,71 €	638,22 €
Zuwendungen Landkreis/Land	1.650,00 €	5.725,00 €	9.400,00 €
	8.167,52 €	7.227,71 €	8.761,78 €

Insbesondere wurden für das Projekt „Hilfe-mit-Plan“ folgende Ausgaben getätigt:

- Ausfertigungen von Übersetzungen zur Erleichterung des Zurechtfindens in der unbekannten Lebenssituation
- Bereitstellung von Lernmaterialien,
- Arbeitsmaterialien und Bücher
- Beteiligung am jährlichen Drachenbootrennen am Beetzer See. (Übernahme von der Startgebühr und T-Shirts)
- Organisation von Veranstaltungen „Nützliche Tipps für das Leben in Deutschland“ am 22.11.2017
- Organisation von Veranstaltungen „Get together“ am 14.12.2017
- Gestaltung einer Webseite „Hilfe-mit-Plan“
- Eine Mitarbeiterin der Stadtverwaltung Kremen im Touristeninformationspunkt unterstützte 2017 die ehrenamtlichen Helfer „Hilfe-mit-Plan“ und die Asylsuchenden bzw. Flüchtlinge.
- Hallenturnschuhe für das Fußballturnier der Freizeitmannschaft
- Bänke für die Gemeinschaftsunterkunft

Auch mit der großen Zahl neuer Kremmener Einwohner hat sich die Situation in der Stadt nicht verändert.

Wir leben gut zusammen und das soll auch so bleiben. Wir bitten alle Einwohner, sich dafür auch in Zukunft einzusetzen.

Von den Asylbewerbern und Flüchtlingen erwarten wir, dass sie unsere Lebensweise achten und sich einordnen.

Und wir wollen Ihnen dabei helfen, in gegenseitiger Achtung und Menschlichkeit.

Kitabedarfsplanung

Anmeldungen in den Kindertageseinrichtungen

Kindertages- einrichtungen

Plätze/Kapazität

Krem- men	Sommer- feld	Flatow	Staffelde	Hohen- bruch	Gesamt	Hort KR	Hort Beetz	Gesamt:
138	107	37	52	38	372	168(144)	95	263

Stand 01.06.2018	117	102	37	44	35	335	150	90	240
freie Kapazitäten	21	5	0	8	3	37	18	5	23
nicht zum Wunschtermin aufnehmbar	6								
Anzahl zum 01.09.2018	130	94	32	46	31	333	150	95	245
freie Kapazitäten	8	13	5	6	7	39	18	0	18
nicht zum Wunschtermin aufnehmbar	1								
Gesamtanzahl nicht aufnehmbarer Kinder	7								
Anzahl zum 01.01.2019	138	98	36	49	34	355	150	95	245
freie Kapazitäten	0	9	1	3	4	17	18	0	18

Bedarf gesamt: Anmeldungen	13	11	5	5	4	38
kein Platz von Jan bis Juni 2019						21

Geburten nach Kitajahrgängen:

Stichtag 01.06.2018		Einwohner		Kitajahr 17/18	Kitajahr 18/19
		OT Kremen, Flatow, Staffelde, Groß-Ziethen	OT Sommerfeld, Beetz, Hohenbruch	Gesamt bis 08/18	Gesamt bis 08/19
7	01.10.2010-30.09.2011			15	
6	01.10.2011-30.09.2012	36	27	63	15
5	01.10.2012-30.09.2013	39	33	72	72
4	01.10.2013-30.09.2014	50	19	69	69
3	01.10.2014-30.09.2015	39	24	63	63
2	01.10.2015-30.09.2016	35	20	55	55
1	01.10.2016-30.09.2017	50	25	75	75
0	01.10.2017-30.09.2018	29	15	1	44
				413	393
Vorschüler in den Hort:				26	10
max. Bedarf bis Aug. 2018				387	383
				(keine Anmeldung Asylheim)	
1 01.10.2016-30.09.2017				Bedarf bis 01.06.2019:	405
0 01.10.2017-30.09.2018				geschä. Bedarfs bis Aug. 2019:	
				noch nicht angemeldet:	-33
				8	
				keine Plätze	
Bedarf bis Aug. 2018				379	
Plätze im Kitabereich (ohne Hort)				372	
keine Plätze				-7	

